



US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland: Abschreckung und Rüstungskontrolle zusammen denken

Die USA wollen ab 2026 bodengestützte Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationieren. Die Bundesregierung hat zugestimmt, doch die öffentliche Debatte bleibt polarisiert. Die Entscheidung zur Stationierung ist vor allem Teil einer militärischen Anpassung der USA an globale sicherheitspolitische Herausforderungen, die sich schon länger abzeichnen. Sie ist jedoch nur dann ein Beitrag zur Sicherheit, wenn die Ziele Abschreckung, Verteidigung und Rüstungskontrolle zusammen gedacht werden. Daher sollte auch eine zukünftige Bundesregierung

- | die Beschaffung von Mittelstreckenwaffen im Bündnis koordinieren und die zugrundeliegende Militärdoktrin aktiv mitgestalten,
- | eine sachliche sicherheitspolitische Debatte ermöglichen, und
- | Verifikationsfähigkeiten in Deutschland sichern und ausbauen.

Ab 2026 wollen die USA bodengestützte US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationieren. Die Bundesregierung hat dem zugestimmt, doch die Entscheidung hat eine kontroverse öffentliche Debatte ausgelöst. Tatsächlich reagieren die USA mit der Stationierung auf bereits länger andauernde sicherheitspolitische Entwicklungen. Denn auch Russland investiert seit Jahren in ähnliche Systeme. Zudem sieht eine neue Militärdoktrin des US-Heeres die Stationierung präziser Abstandswaffen großer Reichweite vor. Zwar ist der geplante Aufwuchs zahlenmäßig zunächst gering, dennoch birgt die Stationierung Risiken. Diese können durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle entschärft werden. Auch ohne eine Abstimmung mit Russland sollten sich die NATO-Bündnispartner über entsprechende Schritte verständigen.

DIE ÖFFENTLICHE DEBATTE: KONTROVERS UND UNSACHLICH

Im Juli 2024 haben sich die USA und Deutschland darauf geeinigt, bodengestützte Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren.¹ Sie sollen ab 2026 bereitgestellt werden. Nach Aussage von Verteidigungsminister Boris Pistorius soll die Stationierung eine Lücke bei den militärischen Fähigkeiten der europäischen NATO-Verbündeten schließen. Dies sei auch deshalb nötig, weil Russland in den letzten Jahren massiv in weitreichende ballistische Raketen und Marschflugkörpern investiert habe. Vor diesem Hintergrund soll die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen zu einer effektiven und glaubwürdigen Abschreckung gegenüber Russland beitragen.²

Die für viele Beobachter überraschende Entscheidung der Bundesregierung hat eine kontroverse

Debatte ausgelöst. Befürworter verweisen auf die konkrete Bedrohungslage durch russische Raketen. Gegner befürchten, dass sich Deutschland zu einer Zielscheibe für potenzielle russische Nuklearangriffe machen könnte. Doch beide Positionen

greifen zu kurz. Eine differenzierte Abwägung der Vor- und Nachteile findet bisher kaum statt. Tatsächlich ist die Stationierung Teil einer schon länger andauernden Anpassung der US-amerikanischen Streitkräfte an sich wandelnde sicherheitspolitische Herausforderungen. Gleichzeitig hat die Entscheidung angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine eine besondere Aktualität erhalten.

Es ist dabei für die öffentliche Debatte wenig hilfreich, dass die Bundesregierung weder die militärstrategischen Grundlagen der Stationierung erläutert noch konkrete Vorschläge unterbreitet hat, wie man den Schritt durch effektive und verifizierbare Rüstungskontrolle in Zukunft sicherheitspolitisch abfedern könnte. Letzteres ist überraschend, da sich die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Entscheidung ausdrücklich zur Rüstungskontrolle bekannt hat.³ So bleibt unklar, wie die Stationierung von bodengestützten Mittelstreckenwaffen in Deutschland in ein verteidigungspolitisches Gesamtkonzept eingebettet werden kann, das die militärische Stabilität in Europa stärkt und damit Sicherheit schafft.

SCHNELL UND UMFASSEND REAGIEREN: NEUE US-EINSATZDOKTRIN

Die Vereinbarung zwischen Deutschland und den USA umfasst drei unterschiedliche Systeme: den Marschflugkörper Tomahawk, ballistische Raketen vom Typ

„DIE USA PASSEN SICH MIT DER STATIONIERUNG AN NEUE GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN AN.“

Standard Missile 6 (SM-6) sowie die noch in der Entwicklung befindliche Langstrecken-Hyperschall-Rakete (LRHW) „Dark Eagle“. Sie sollen mit konventionellen Gefechtsköpfen bewaffnet werden und besitzen unterschiedliche Reichweiten und Flugprofile. Der Tomahawk-Marschflugkörper hat eine Reichweite von über 1700 Kilometern. Auch SM-6 Raketen werden vermutlich in Zukunft ebenfalls in der Lage sein, über 1000 Kilometer weit zu fliegen. Die LRHW kann sogar Ziele in einer Entfernung von über 2700 Kilometern erreichen. Während sich Tomahawk-Marschflugkörper mit rund 900 Stundenkilometern auf niedriger Flughöhe bewegen, erreichen SM-6 und LRHW mehrfache Schallgeschwindigkeit auf einer ballistischen Flugbahn, an die sich bei der LRHW eine Gleitphase anschließt. Bisher ist jeweils eine Batterie der Tomahawk-Marschflugkörper und SM-6-Raketen, sowie eine weitere Batterie der LRHW geplant. Unter Annahme von Wiederladefähigkeiten ergibt sich zunächst eine Gesamtanzahl von wenigen hundert Flugkörpern. Angesichts eines umfangreichen Arsenalen von mehreren tausend see- und luftgestützten Abstandswaffen der USA sowie hunderter Flugkörper einzelner europäischer Staaten, die demnächst durch bereits eingeleitete Beschaffungsmaßnahmen ergänzt werden, handelt es sich um einen eher moderaten Fähigkeitsaufwuchs.

Die Stationierungsentscheidung lässt sich auf eine neue Einsatzdoktrin der US-Landstreitkräfte (Heer) zurückführen, die seit 2016 entwickelt wird. Das sogenannte Multi-Domain Operations-Konzept (MDO) soll die nach dem Kalten Krieg entstandene, globale militärische Dominanz der USA absichern. Diese basiert nicht nur auf der Menge und Qualität von Waffensystemen, sondern auch darauf, dass sich die verschiedenen Teilstreitkräfte der US-Armee schnell vernetzen können. Zudem verfügt die US-Luftwaffe über eine ausgeprägte Schlagkraft. Mithilfe von Abstandswaffen kann sie flexibel, präzise und aus großer Distanz gegnerische Ziele angreifen und zerstören. Sowohl im

zweiten als auch im dritten Golfkrieg haben die USA diese Fähigkeit unter Beweis gestellt. Mit dem MDO-Konzept reagieren die USA darauf, dass vor allem China, aber auch Russland mithilfe von Radarsystemen, elektronischer Kampfführung sowie Flug- und Raketenabwehr mittlerweile in der Lage sind, die Bewegungsfreiheit von US-Streitkräften und deren Zugang zu Einsatzgebieten einzuschränken. MDO soll helfen, diese sogenannten Anti-Access und Areal Denial (A2/AD) Zonen des Gegners zu durchdringen und zu überwinden.

Das US-Heer will dabei eine koordinierende und führende Rolle innerhalb der amerikanischen Streitkräfte übernehmen. Zur Umsetzung des MDO-Konzepts hat es deshalb damit begonnen, sogenannte Multi-Domain Task Forces (MDTF) aufzubauen. Das Kommando der zweiten von weltweit insgesamt fünf geplanten MDTF befindet sich seit September 2021 am deutschen Standort Wiesbaden. Jede MDTF besteht aus verschiedenen Einheiten, die darauf ausgelegt sind, den US-Streitkräften insgesamt eine nahtlose Zusammenarbeit in allen fünf operativen Bereichen – Land, Luft, See, Weltraum und Cyberraum – zu ermöglichen. Die Kräfte sollen so gebündelt werden, dass ihre gemeinsame Wirkung maximiert wird. Dabei wird das gesamte Spektrum möglicher Einsatzszenarien abgedeckt, von der Krisenbewältigung bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen mit kinetischen Angriffen.

Bodengestützte Mittelstreckenwaffen spielen dabei eine entscheidende Rolle: Sie sollen das Heer in die Lage versetzen, sogenannte Hochwertziele – darunter Flug- und Raketenabwehrstellungen, Radarsysteme und Kommandopunkte – zu treffen. Sobald diese

**„DIE NEUE EINSATZ-
DOKTRIN DES
US-HEERES SOLL
DIE NAHTLOSE
INTEGRATION MILITÄ-
RISCHER FÄHIG-
KEITEN STÄRKEN.“**

Anlagen zerstört sind, wird die Fähigkeit des Gegners, seine Militäroperationen fortzuführen, erheblich eingeschränkt. Dabei bieten bodengestützte Mittelstreckenwaffen Vorteile gegenüber see- und luftgestützten Raketensystemen, wenn es darum geht, die genannten Ziele schnell und frühzeitig auszuschalten. Sie lassen sich flexibel verlegen und ihr Einsatzort ist für den Gegner aufgrund von Tarnmöglichkeiten im Gelände zum Teil schwer aufzuklären. Anders als zum Beispiel Flugzeuge sind sie jederzeit und unmittelbar einsatzbereit. Im Rahmen des MDO-Konzepts sollen bodengestützte Mittelstreckensysteme vor allem die Luftwaffe und die Marine entlasten, indem die in diesen Teilstreitkräften vorhandenen Plattformen so für andere Einsätze, etwa die Gefechtsfeldabriegelung oder die Luftnahunterstützung, genutzt werden können.

RUSSLAND: SCHON LÄNGER EINE MILITÄRISCHE HERAUSFORDERUNG

Russland spielt bei der Entscheidung, Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, nicht erst seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Rolle. Bereits seit Jahren treibt Moskau den militärpolitischen Wettbewerb in Europa voran. Seit den frühen 2010er Jahren investiert das Land verstärkt in Abstandswaffen großer Reichweite, um zu den USA

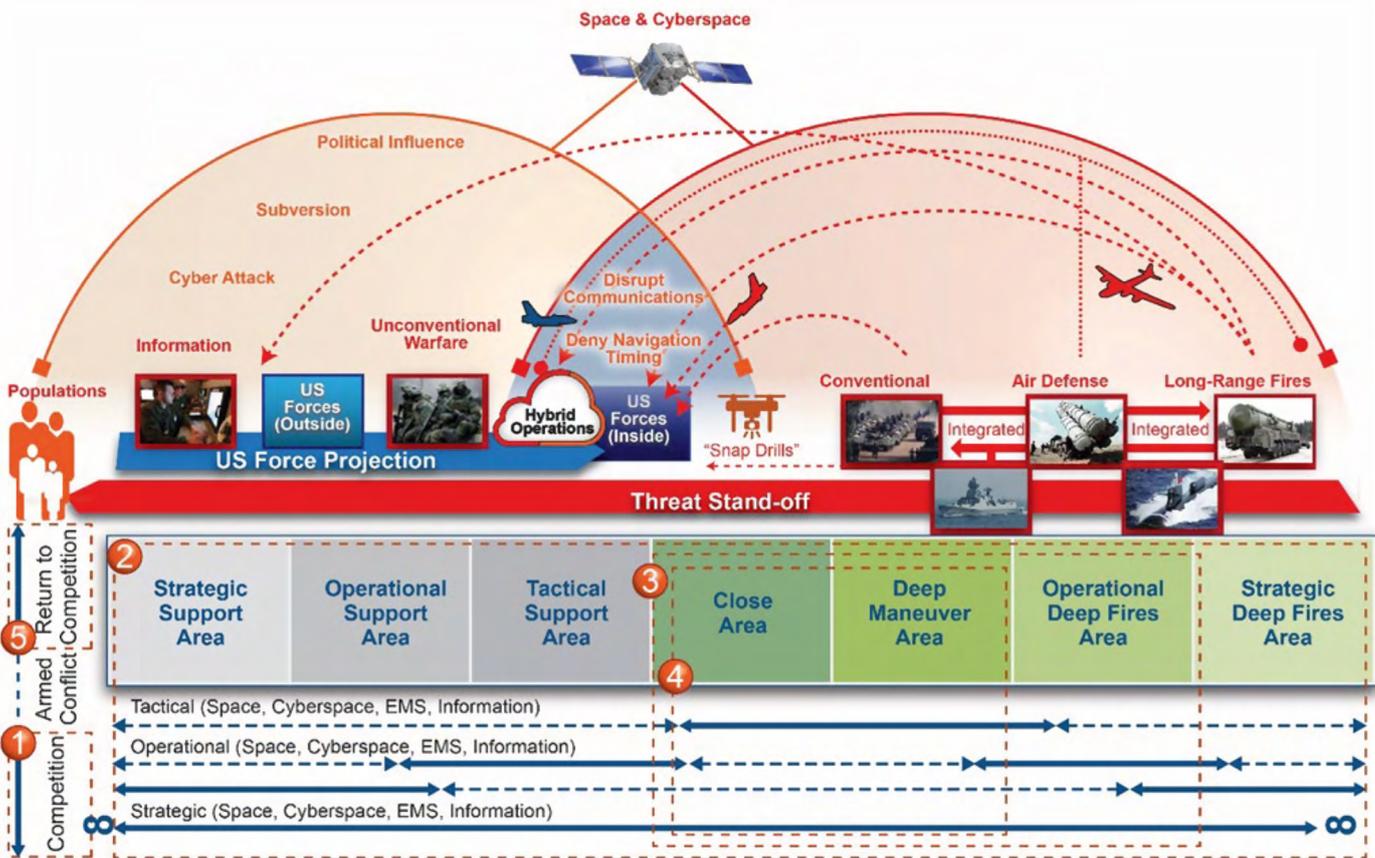
aufzuschließen und den amerikanischen Wettbewerbsvorteil in den Bereichen Steuerungstechnologie, Kommunikationssysteme und Sensorik auszugleichen. Entsprechende Forderungen nach mehr Investitionen in diesen Bereichen existierten bereits seit den 1990er

Jahren, konnten aber aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche und politischen Instabilität des Landes nicht verwirklicht werden. Erst mit dem Fünf-Tage-Krieg mit Georgien 2008, der die Schwächen der russischen Streitkräfte aufzeigte, wurde eine grundlegende Reform und Modernisierung der russischen Armee eingeleitet.

Seitdem hat Russland die Zahl wie auch sein Portfolio an Abstandswaffen großer Reichweite deutlich vergrößert. Das Land verfügt über see-, luft- und bodengestützte ballistische Raketen und Marschflugkörper. Doch der Krieg in der Ukraine zeigt auch die Grenzen russischer Fähigkeiten: Zwar hat Moskau massiv Abstandswaffen eingesetzt, um militärische Hochwertziele und zivile Infrastruktur wie Strom- und Schienennetze zu zerstören. Doch es ist Russland damit bislang nicht gelungen, die Ukraine zur Aufgabe zu zwingen. Bis August 2024 hat die russische Armee fast 10000 Flugkörper von verschiedenen Plattformen abgeschossen. Zwei Drittel der bodengestützten Systeme waren allerdings Flugabwehrraketen, die eigentlich für Luft-, und nicht für Landziele ausgelegt sind. Der zweckfremde Einsatz verweist auf einen Mangel an bodengestützten Kurzstreckensystemen, den Russland offenkundig durch Importe ballistischer Raketen aus Nordkorea und dem Iran auszugleichen versucht.

Dessen ungeachtet hat Russland damit begonnen, neue bodengestützte Mittelstreckensysteme zu entwickeln und zu stationieren. Dazu gehört der Marschflugkörper SSC-8 (9M729) mit einer Reichweite von vermutlich über 2000 Kilometern. Dessen Stationierung trug maßgeblich zum Ende des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) im August 2019 bei. Mittlerweile hat Russland auch eine konventionelle ballistische Mittelstreckenrakete mit der Bezeichnung „Oreshnik“ gegen die Ukraine eingesetzt. Oreshnik basiert auf der für nukleare Einsätze konzipierten Interkontinentalrakete RS-26 und besitzt

„AUCH
RUSSLAND
ENTWICKELT UND
STATIONIERT NEUE
BODENGESTÜTZTE
MITTELSTRECKEN-
WAFFEN.“



Das MDO-Konzept: Koordinierte Integration militärischer Fähigkeiten – von der Krisenbewältigung bis hin zu kinetischen Angriffen – in allen operativen Bereichen. © Wikimedia Commons / U.S. Army

wie diese mehrere voneinander unabhängige Wieder- eintrittskörper (MIRV). Damit können unterschiedliche Ziele gleichzeitig getroffen werden. Der russische Prä- sident Wladimir Putin hat bereits die Serienproduktion der Rakete angekündigt.

PARALLELE AUFRÜSTUNG:

RISIKEN DER ESKALATION IM KRIEGSFALL

Die parallele Aufrüstung mit präzisen Abstandswaffen innerhalb der NATO und in Russland birgt zwei zent- rale Eskalationsrisiken. Erstens erhöht sich so bereits früh in einem militärischen Konflikt der Druck zur hori- zontalen Eskalation. Das heißt: Ein zunächst lokal oder regional begrenzter Krieg breitet sich geografisch aus. Insbesondere bei offensiven Einsatzdoktrinen wie der

MDO müssten Mittelstreckenwaffen frühzeitig und in großer Zahl eingesetzt werden, um beispielsweise militärische Anlagen und Kommandozentralen, die tief im gegnerischen Hinterland liegen, zu zerstören. Ein lokal begrenzter russischer Angriff, wie er häufig in Planspielen der NATO für das Baltikum angenommen wird, könnte sich dadurch rasch in einen überregionalen Krieg verwandeln. Das Szenario der horizontalen Eskalation kann zwar auch abschreckend wirken, lässt den Kontrahenten jedoch nur wenig Handlungsspiel- raum für Deeskalation, wenn die Abschreckung ver- sagt.

Zweitens kann die geografische Nähe nuklearer und konventioneller Waffensysteme im Kriegsfall zu einer potenziellen Zielambiguität führen. Bei einem mas-

siven Einsatz von konventionellen Abstandswaffen stünde der Gegner vor dem Problem, auch nukleare Systeme vor Angriffen schützen zu müssen. Dies trifft insbesondere auf Russland zu, denn viele der russischen konventionellen Systeme sind auch nuklearwaffenfähig und eine klare, operative Trennung der dazugehörigen Infrastruktur ist nicht möglich. In einer solchen Lage können kürzere Reaktionszeiten und größere Unsicherheiten den Druck zum Einsatz von Nuklearwaffen erhöhen, da die beabsichtigten Ziele konventioneller Angriffe möglicherweise nicht rechtzeitig erkannt werden. Dies ist insbesondere bei Systemen der Fall, die sich, wie die LRHW, mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit fortbewegen und manövrierfähig sind.

Rüstungskontrollmaßnahmen können derartige Eskalationsrisiken reduzieren. Sie zielen darauf ab, Streitkräftestrukturen und Einsatzstrategien zu entwickeln, die einerseits die Abschreckung stärken, andererseits aber deren Kosten reduzieren und auch im Kriegsfall Handlungsspielraum für Deeskalation schaffen. Allerdings sind die Bedingungen für Rüstungskontrolle momentan äußerst ungünstig: Erstens bestehen momentan keine politischen Voraussetzungen für Rüstungskontrollverhandlungen zwischen der NATO und Russland. Zweitens erscheint eine vollständige Abrüstung von (bodengestützten) Abstandswaffen großer Reichweite, zumal unter der Bedingung eines anhaltenden strategischen Konflikts, sehr

unwahrscheinlich, da diese Waffen eine zentrale Rolle in der modernen Kriegsführung spielen. Drittens wäre es unzureichend, mögliche Rüstungskontrollmaßnahmen auf ausgewählte Offensivsysteme zu beschränken. Ein Verbot etwa von

bodengestützten nuklearfähigen Mittelstreckenwaffen, wie seinerzeit im INF-Vertrag, hätte heute kaum einen Effekt, da die mittlerweile sehr vielfältigen Plattformen im Kriegsfall variabel eingesetzt werden können.

ESKALATIONSRISENEN MANAGEN: REALISTISCHE ZIELE UND HISTORISCHE LEHREN

Dennoch gibt es realistische Möglichkeiten für Rüstungskontrolle: Der geplante Ausbau von Arsenalen und Plattformen in Russland und in NATO-Staaten wird voraussichtlich bis in die 2040er Jahre andauern. In diesem Zeitfenster können beispielsweise Obergrenzen vereinbart werden. Ein erster Schritt dahin könnte ein Informationsaustausch über bestehende und geplante Systeme sein. Für europäische Staaten wäre es außerdem wichtig gegenüber Moskau zu erreichen, dass konventionelle und nukleare Waffensysteme geografisch und operativ klarer getrennt werden. Angesichts der nuklearen Fähigkeiten Russlands können so Fehlinterpretationen in Krisensituationen reduziert werden. Eine solche Trennung müsste jedoch verifizierbar erfolgen. Dafür bedarf es geeigneter Verifikationstechniken.

In der Zwischenzeit können die NATO-Partner innerhalb des Bündnisses Schritte unternehmen, um die militärpolitische Stabilität und Sicherheit in Europa zu stärken und Rahmenbedingungen für zukünftige Gespräche über Rüstungskontrolle mit Russland zu schaffen. So sollten die Alliierten sorgfältig abwägen, an welchen Standorten, in welchem Umfang und welche Art von Abstandswaffen großer Reichweite stationiert werden.

Die NATO-internen Beratungen der 1970er Jahre zur Nachrüstung nuklearer Gefechtsfeldwaffen, die schließlich im NATO-Doppelbeschluss von 1979 mündeten, können hier als Vorbild dienen: Bei 80 Prozent

„RÜSTUNGSKONTROLLE STÄRKT DIE ABSCHRECKUNG UND SCHAFFT IM KRIEGSFALL HANDLUNGSSPIELRÄUME.“

der insgesamt 572 Systeme, die im Zuge der Nachrüstung in fünf NATO-Staaten stationiert wurden, handelte es sich um vergleichsweise langsame Marschflugkörper, die den Druck zur schnellen Reaktion und nuklearen Kriegführung aufseiten der Sowjetunion entschärfen sollten. Gleichzeitig war die Entscheidung Ergebnis NATO-interner Aushandlungen. Analog hierzu sollten auch im gegenwärtigen Kontext nationale Entscheidungen über Entwicklung, Beschaffung und Stationierung von Mittelstreckenwaffen eng im Bündnis abgestimmt werden. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, die Abschreckung weniger stark allein an präzise Abstandswaffen großer Reichweite zu koppeln.

Ein solcher Ansatz würde es jedoch parallel erfordern, die Vorneverteidigung und die bestehenden Streitkräftestrukturen an der Ostflanke der NATO, insbesondere im Baltikum, erheblich zu verstärken. Hierzu müssten die Verbündeten u.a. umfassende Artillerieverbände aufstellen und in die Härtung, Tarnung und Verteilung potenzieller Ziele investieren. Darüber hinaus wäre es notwendig, Redundanzen, Befestigungsanlagen und Geländesperren aufzubauen sowie die logistische Infrastruktur zu verbessern. Die baltischen Staaten und Polen planen und setzen einiges davon gegenwärtig bereits um.

DAS KANN DEUTSCHLAND TUN

Vor diesem Hintergrund bieten sich speziell für die aktuelle wie auch eine künftige Bundesregierung drei Handlungsfelder an. Erstens sollte Deutschland darauf hinwirken, dass das Bündnis bei der Entwicklung und Stationierung von Abstandswaffen gemeinsam agiert. Noch ist unklar, wie die nationale Stationierungsentscheidung der USA mit den gemeinsamen Planungen der NATO-Partner abgestimmt wird. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die weitere Anpassung des amerikanischen MDO-Konzepts an die Bündnisbedürfnisse. Deutschland sollte deshalb die Weiter-

entwicklung des MDO-Konzepts aktiv mitgestalten. So könnte es sich etwa an der US-Übungsserie „Project Convergence“ beteiligen, die Alliierte an die Multi-Domain-Kampfweise der USA heranführt.

Zweitens muss die öffentliche Debatte in Deutschland gestärkt werden. Eine aktive Kommunikationspolitik kann zur Versachlichung der Debatte und damit auch zu einer breiteren Akzeptanz der Stationierungsentscheidung beitragen. Was sind die militärstrategischen Hintergründe? Wie sehen die militärischen Kräfteverhältnisse in Europa tatsächlich aus? Zuständige Ministerien sollten über das bestehende Berichtswesen hinaus eigene Analysen zu den Fähigkeiten geopolitischer Herausforderer und den daraus resultierenden Sicherheitsbedrohungen veröffentlichen. Kooperationen mit internationalen Partnern und ein Rückgriff auf Erfahrungen aus dem Kalten Krieg können dabei hilfreich sein.

Drittens sollte Deutschland sich aktiv dafür einsetzen, dass die Fähigkeiten bei der Verifikation erhalten bleiben und ausgebaut werden. Der Zerfall der Rüstungskontrollarchitektur in Europa gefährdet hier wichtige Kompetenzen. Ein solcher Verlust würde die Möglichkeit einschränken, schnell auf politische Veränderungen zu reagieren. Ein späterer Aufbau entsprechender Fähigkeiten wäre zudem kostspielig. Angesichts immenser technologischer Fortschritte, etwa bei autonomen Waffensystemen, braucht es mehr Innovation. Das Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw) kann dabei als europäische Koordinierungsstelle ausgebaut werden.

ABSCHRECKUNG UND RÜSTUNGS- KONTROLLE SIND KEIN GEGENSATZ

Eine nüchterne Betrachtung der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zeigt, dass Abschreckung und Rüstungskontrolle kein Gegensatz sein müssen. Im Gegenteil: Rüs-

tungskontrollmaßnahmen können dazu beitragen, die Stationierungsentscheidung in ein verteidigungspolitisches Gesamtkonzept einzubetten. So wird die Abschreckung gestärkt, gleichzeitig werden potenzielle Eskalationsrisiken reduziert. Ein solches Vorgehen ist angesichts der schwierigen sicherheitspolitischen Lage, die Europa in den kommenden Jahrzehnten prägen wird, unverzichtbar.

ENDNOTEN

- 1 Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika/Regierung der Bundesrepublik Deutschland 2024: Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland, Washington D.C., 10.07.2024, dokumentiert unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/2298418/b4eca6d3ccfd9fb1580117e1cf7910/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1>.
- 2 Finke, Lara 2024: Deutschlands besondere Rolle in der Allianz: Pistorius beim NATO-Gipfel 2024, Berlin: Bundesministerium der Verteidigung, 12.07.2024: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/auf-deutschland-ist-verlass-pistorius-botschaft-washington-5816208>.
- 3 Möller, Siemtje/Lindner, Tobias 2024: Gemeinsames Schreiben der Staatssekretäre Siemtje Möller und Tobias Lindner an den Auswärtigen Ausschuss und Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vom 19.07.2024, zitiert in: Wiegold, Thomas: Dokumentation: die - nun doch - anlaufende? - Debatte über US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, augengeradeaus.net, 20.07.2014: <https://augengeradeaus.net/2024/07/dokumentation-die-nun-doch-anlaufende-debatte-ueber-us-mittelstreckenwaffen-in-deutschland/>.

ÜBER DEN AUTOR

Alexander Graef ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungs- und Transferprojekt „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

ÜBER DAS PROJEKT

Dieser Policy Brief ist im Rahmen des Forschungs- und Transferprojekts „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“ entstanden, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird.

ÜBER DAS INSTITUT

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Das IFSH forscht eigenständig und unabhängig. Es wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Gefördert von:



Gefördert von:

Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke

DOI: <https://doi.org/10.25592/ifsh-policy-brief-0424>

Copyright Cover Photo: Spc. Chandler Coats | U.S. Department of Defense Text License: Creative Commons CC-BY-ND (Attribution/NoDerivatives/4.0 International).



IFSH - Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83 20144 Hamburg Germany Phone +49 40 866077-0 ifsh@ifsh.de www.ifsh.de